

Positionspapier beschlossen im Bundesparteivorstand am 5. Dezember 2025

Für nachhaltigen Frieden und Sicherheit im Nahen Osten auf der Grundlage einer Zweistaatenlösung

Der seit Jahrzehnten andauernde Nahostkonflikt hat am 7. Oktober 2023 und in den folgenden Monaten eine dramatische Eskalation erlebt. Der Überfall der Terrororganisation Hamas, bei dem mehr als 1.200 Israelis ermordet, Frauen vergewaltigt und über 250 Menschen als Geiseln verschleppt wurden, markierte den schwersten Anschlag auf Israel und den größten Massenmord an Jüdinnen und Juden seit der Shoa. Die internationale Gemeinschaft – und selbstverständlich auch Österreich – steht eindeutig hinter den Opfern dieses brutalen Verbrechens und verurteilt die abscheulichen Terroranschläge der Hamas.

Österreich steht so wie die internationale Gemeinschaft hinter dem Recht auf Selbstverteidigung. Zugleich gilt: Das Recht auf Selbstverteidigung muss in angemessener und verhältnismäßiger Weise und unter Einhaltung des humanitären Völkerrechts ausgeübt werden. Die militärischen Aktionen der letzten zwei Jahre, die laut Angaben der Vereinten Nationen mehr als 60.000 Palästinenserinnen und Palästinensern – darunter zehntausenden Frauen und Kindern – das Leben kosteten, die unzählige Schwerverletzte hinterließen, bei denen Hunger als Waffe eingesetzt wurde und die zu einer verheerenden humanitären Situation in Gaza führten, haben die Grenzen legitimer Selbstverteidigung in tragischer Weise überschritten.

Österreich, das sehr freundschaftliche bilaterale Beziehungen zu Israel pflegt, bekennt sich klar zum Selbstverteidigungsrecht Israels – verlangt aber ebenso klar, dass die israelische Regierung ihre völkerrechtlichen Verpflichtungen einhält und keine Repressalien gegen die Zivilbevölkerung anwendet.

Der 7. Oktober und seine Folgen haben deutlich gemacht, dass ein bloßes Verwalten des Konflikts keine Option mehr ist. Sowohl Israelis als auch Palästinenserinnen und Palästinenser haben das Recht auf eine stabile, sichere und friedliche Existenz – und dieses Recht muss gegenseitig anerkannt werden. Das klare Bekenntnis Österreichs zum Existenzrecht und zur Sicherheit Israels steht mit der Forderung nach einer Zweistaatenlösung keineswegs in Widerspruch. Nur wenn die Palästinenserinnen und Palästinenser in einem eigenen Staat in Frieden und Sicherheit leben, wird langfristig auch Israel in Frieden und Sicherheit leben.

Frieden und Sicherheit können langfristig nicht auf Gewalt oder Terror beruhen, sondern nur auf dem Prinzip gegenseitig anerkannter Koexistenz und auf Grundlage einer gerechten, friedlichen und dauerhaften Regelung mit sicheren Grenzen. Die Anerkennung Palästinas als Staat ist daher nicht bloß ein symbolischer Schritt, sondern ein konkretes Signal, das Konzept einer Zweistaatenlösung Wirklichkeit werden zu lassen. Sie ist ein Beitrag zur Stabilisierung der Region, zur Stärkung des Völkerrechts und zur Unterstützung jener Kräfte, die auf Diplomatie, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Gewaltverzicht setzen.

157 Staaten, darunter eine Mehrheit der EU-Staaten und vier der fünf ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrats, haben Palästina bereits als Staat anerkannt. Die jüngste internationale Bewegung – insbesondere die Anerkennung durch Frankreich und das Vereinigte Königreich sowie weiterer europäischer Staaten – zeigt, dass ein neuer internationaler Konsens im Entstehen ist. Österreich sollte diesen sich herausbildenden Konsens der internationalen

Gemeinschaft unterstützen und Teil eines gemeinsamen internationalen Friedensprozesses werden. Die Anerkennung dient dazu, die Voraussetzung für dauerhaften Frieden zu stärken.

Österreich hat traditionell eine Rolle bei den Bemühungen um eine Versöhnung zwischen der israelischen und der palästinensischen Bevölkerung gespielt. Das geht zurück bis in die 1970er-Jahre unter Bundeskanzler Bruno Kreisky und reicht bis zur Entschuldigung durch Bundeskanzler Franz Vranitzky bei der jüdischen Gemeinschaft und der Übernahme einer Mitverantwortung Österreichs für die unter Beteiligung zahlreicher Österreicherinnen und Österreicher begangenen Verbrechen während der NS-Zeit. Österreich hat dadurch nicht zuletzt eine moralische Verpflichtung, sich für die friedliche Zukunft Israels und Palästinas und die Zweistaatenlösung einzusetzen. Aufgrund seiner Geschichte, seiner Rolle als Sitzstaat der Vereinten Nationen und seiner Tradition als Brückenbauer im Nahen Osten trägt Österreich eine besondere Verantwortung und darf – gerade, weil Österreich dem Wohlergehen Israels verpflichtet ist – der Tragödie im Nahen Osten nicht tatenlos zusehen. Dies entspricht dem Fundament der sozialdemokratischen Nahostpolitik.

Angesichts der jüngst erzielten Einigung auf eine Resolution des UN-Sicherheitsrats ist der Zeitpunkt für die Anerkennung bewusst gewählt und unterstreicht die Überzeugung der Sozialdemokratie, eine neue politische Dynamik für einen Friedensprozess im Nahen Osten zu unterstützen.

Geleitet vom langjährigen Engagement Österreichs für Frieden im Nahen Osten, von einem festen Bekenntnis zum Völkerrecht und im Bewusstsein der historischen Verantwortung unseres Landes, beschließt der Bundesparteivorstand der SPÖ:

1. Die SPÖ begrüßt die Freilassung aller lebenden Geiseln, verlangt die sofortige Herausgabe der sterblichen Überreste aller Geiseln durch die Hamas, setzt sich für einen dauerhaften Waffenstillstand und die Beendigung von Plänen zur Annexion des Westjordanlandes ein und fordert unverzügliche und ungehinderte humanitäre Hilfe nach Gaza.
2. Die SPÖ setzt sich für die völkerrechtliche Anerkennung des Staates Palästina ein, unter der Voraussetzung der Entwaffnung und Entmachtung der Hamas und ihrer verbündeten Gruppen. Die SPÖ verurteilt jede Form von Antisemitismus. Die SPÖ verurteilt jede Form von Extremismus, Terror und politischer Gewalt.
3. Die SPÖ bekennt sich klar zur Zweistaatenlösung als einzigen realistischen Weg zu einem dauerhaften Frieden zwischen Israel und Palästina – mit zwei unabhängigen, souveränen, demokratischen und multiethnischen Staaten, die in anerkannten und dauerhaft sicheren Grenzen Seite an Seite in Frieden und Sicherheit leben.
4. Die SPÖ bekennt sich dazu, den palästinensischen Staatsaufbau, die Demilitarisierung und die Vorbereitung freier und demokratischer Wahlen zu unterstützen und die Palästinensische Autonomiebehörde so schnell wie möglich rechenschaftspflichtiger, effizienter in der Leistungserbringung, legitimer als Kraft für palästinensische Einheit und damit demokratischer zu machen.
5. Die SPÖ fordert im Rahmen der EU mehr restriktive Maßnahmen gegen gewalttätige Siedlerinnen und Siedler und setzt sich für nationale Einreiseverbote rechtsextremer Politikerinnen und Politiker und gewalttätiger Siedlerinnen und Siedler ein.

6. Die SPÖ spricht sich für ein stärkeres Engagement Österreichs im Rahmen der EU in den Bereichen humanitäre Hilfe, Wiederaufbau und Entwicklung, Sicherheit, zivile Verwaltung und Mediation auf Grundlage der UN-Sicherheitsratsresolution 2803 aus.
7. Die SPÖ betont, dass Solidarität mit Israel und die Anerkennung Palästinas keine Gegensätze sind, sondern zwei Seiten einer verantwortungsvollen Friedenspolitik im Sinne des Völkerrechts, der Menschlichkeit und der internationalen Glaubwürdigkeit Österreichs.
8. Die SPÖ bekennt sich zur Freiheit von Kunst und Kultur und verurteilt, dass jüdische Künstlerinnen und Künstler in Europa für die Politik der israelischen Regierung verantwortlich gemacht und ihre Auftritte aufgrund öffentlichen Drucks abgesagt werden – oder jüdische Künstlerinnen und Künstler gar nicht erst eingeladen werden. Um diesen Entwicklungen entgegenzuwirken, gilt es, jüdisches Leben und jüdische Kultur in Österreich sichtbar und erlebbar zu machen.